



# Budapestre vonatkozó ujságcikkek

Szerző: *Halom, Desider dr.*

Cím: *Die Bautätigkeit*

Forrás: *Pester Lloyd*

*Bp.*  
(Hely)

*1921. 8. 11*  
(Idő)

(Köt. v. füz.) (Oldal)

Osztályozás

Tábla *72*

Hely

Idő *"1921"*

Személy

Helyszám

## Die Bautätigkeit.

— Bemerkungen zur Artikelserie Dr. Harrers. —

Von Dr. Desider Halom.

Die Artikelserie des ehemaligen Budapestener Bürgermeisters Dr. Franz Harrer über die Hebung der Bautätigkeit ist auf einem volkswirtschaftlichen Salto mortale und einem ungerechten Gedanken aufgebaut. Brechen diese beiden morschen Pfeiler des Gebäudes seiner Argumentation zusammen, so stürzt die ganze Konstruktion ein, deren sorgfältiger und im übrigen sehr kluger Aufbau ein solides Fundament verdienen würde.

Ein Salto mortale ist die Behauptung, daß die im Frieden gebauten Häuser mehr tragen werden, als vor dem Kriege, und daß dieses Mehreinkommen zum großen Teile im Interesse der Hebung der Bautätigkeit für das Gemeinwohl mit Beschlag belegt werden müsse. Niemand, der Verfasser des Artikels am wenigsten, wird glauben, daß die heutigen papierernen 200 oder 400 Kronen mehr wert sind als 100 Goldgulden im Frieden. Wer vor dem Kriege 100.000 Kronen in ein Bauunternehmen investierte, hätte sich für dieses Geld viele andere Vermögensgegenstände anschaffen können. Für die vier- oder fünfprozentigen Zinsen dieser 100.000 Kronen erhielt er Lebensmittel, Kleider usw., er konnte ganz davon leben. Und was bekommt er heute für das Doppelte? Von 8000 Kronen im Jahr kann er, wenn ihm bei den schweren öffentlichen Lasten so viel bleibt, sich nicht einmal einen Anzug machen lassen.

Ungerecht ist der Gedanke, daß der Hauseigentümer das ihm eventuell bleibende Plus von 4000 Kronen der Allgemeinheit überlassen soll, damit in demselben Verhältnisse neue Bauten entstehen und die Miete wieder herabgedrückt werde. Was würde der Herr Verfasser zu den folgenden Wünschen sagen? Er hat sein Diplom im Frieden erworben, als er für die Rigorosen zwanzig bis dreißig Kronen zahlte; die Kosten seiner gesamten Studien be-

trugen einige tausend Kronen. Wer dagegen heute das Doktorat der Staatswissenschaften erwerben will, ist bemüht, dreißig- bis vierzigmal so viel Geld zu opfern. Der Herr Artikelschreiber möge also im Verhältnisse des Unterschiedes des Nominalwertes des Geldes jährlich einige tausend Kronen opfern — und zwar außer den ordentlichen öffentlichen Lasten, nur zur Begleichung der Valutadifferenz —, damit hieraus die gegenwärtigen Studenten ihre Studienkosten und Rigorosengebühren decken! Oder belegen wir einen großen Teil des Gegenwertes der heutigen Tätigkeit, der Arbeit des Herrn Verfassers behufs Begleichung der Valutadifferenz mit Beschlag und beschränken wir auch ihn heute auf ein monatliches Einkommen von tausend Kronen, damit hieraus die Studienkosten der übrigen Beamten und Literaten gedeckt werden können. Der Herr Artikelschreiber hat gewiß noch einen Anzug, den er noch vor dem Kriege um 100 Kronen gekauft hat; nun denn, er zahle die Differenz zwischen diesem Betrage und dem heutigen Werte eines Anzuges, also 10.000 Kronen, in irgendeine Kasse ein, damit wir die Latznerklasse mit Kleidern versehen können. Auch Möbel hat er gewiß, die im Frieden 4000 bis 5000 Kronen gekostet haben mochten. Heute hätte er außer den öffentlichen Lasten einige hunderttausend Kronen einzuzahlen, damit sich hievon die sich vermählenden jungen Leute eine Haushaltung einrichten können. Tut er dies nicht, so wird die Ungerechtigkeit nicht ausgeglichen werden, daß er sich um den Preis einiger tausend Kronen gekleidet und einen Haushalt gegründet hat, während die jungen Leute heute nicht jene Hunderttausende von Kronen aufbringen können, die für diese Zwecke erforderlich sind.

Oder sagen wir dem Gutsbesitzer: Dein Boden hat pro Joch 400 k gekostet, heute aber würde er 10.000 k kosten. Dein Boden hat im Frieden 50 k gekostet, jetzt aber trägt er 3000 k. Der Staat nehme Dir also außer den allgemeinen öffentlichen Lasten 85 Prozent Deiner Weizenfodern weg und belasse Dir nur Weizen im Werte

von 450 k, er nehme Dir Weizen im Werte von 2550 k weg und gebe ihn als Saatforn oder zum Lebensunterhalt anderen neuen Gutsbesitzern, damit die Produktion größer und das Leben wohlfeiler werde, und er tue das so lange, bis der Preis Deines Weizens auf eine der Billigkeit entsprechende Summe sinkt.

Sollen wir die Sache noch fortsetzen? Wenn wir den Grundgedanken des Artikels seines Wesens entkleiden, kommen wir zu dem Ergebnisse, daß es gut wäre, den Besitzern etwas wegzunehmen, um es anderen zu geben, und im Interesse des Gemeinwohls eine wohlfeilere Produktion einzurichten. Das klingt, wie wenn man sagen würde: aus der sozialen Produktion stammt der Wohlstand. Das haben wir schon 1918 gehört und haben es kalt bekommen.

ang der vorerwähnten Vereinbarung um eine Stunde verlängert werden.

### Die Durchführung des Vertrages von Trianon.

Aus Belgrad wird dem U. L. A. B. gemeldet: Die Kommission zur Festsetzung der ungarischen Grenze, deren Präsident ein englischer Oberst ist, verläßt zwei Tage in Agram, worauf sie nach Sarajdin übersiedelt, wo die Arbeiten fortgesetzt werden. Dort wird auch die ungarische Delegation eintreffen.

### Die Räumung der Baranya.

Aus Kaposszár wird gemeldet: Baranyaer Magyar Ujság erfährt aus Belgrad, daß im Zusammenhang mit der Räumung von Pécs und Baranya die Frage lebhaft erörtert wird, wie man sich denjenigen gegenüber verhalten soll, die das Baranyaer Gebiet verlassen wollen. Man meint, daß bei der Uebergabe von Baranya etwa 4000 bis 5000 Personen dieses Gebiet verlassen werden. Zu diesen gehören in erster Reihe die vor dem „weißen Terror“ nach Pécs geflüchteten Personen, deren Anzahl jedoch nicht groß ist. Darüber sind zwei

dem Falle, wenn die eigentumsrechtlichen und Mietbeschränkungen einmal verschwinden werden, eine größer angelegte Bautätigkeit überhaupt notwendig sein wird. Viele glauben, man werde ihrer nicht bedürfen. Gleichwie mit dem Aufhören sonstiger Höchstpreise und staatlicher Zentralen genug Ware zum Vorschein kommt und die Ware billiger wird, wird dieser Fall wahrscheinlich auch in der Wohnungsfrage eintreten, denn Budapest zählt heute nicht mehr Einwohner und es hat keinen größeren Wohnungsbedarf als früher die Hauptstadt Großungarns. Es wird der Wohnungswucher, das System der Wohnungsabtrittsgelder und der Altermieten ein Ende nehmen und statt dessen ist eine mäßige Erhöhung der Mietzinse zu erwarten. Wenn dennoch Neubauten notwendig sein sollten, würden nach dem Fallenlassen der Beschränkungen die Privatunternehmungen eingreifen. Sollten wir aber bis dahin nicht warten können, so müssen die Opfer aus jener Tasche genommen werden, in die die öffentlichen Lasten kommen, das heißt, aus den Kassen des Staates oder der Stadt. Es geht jedoch nicht an, in die bereits leeren Taschen der Hauseigentümer zu greifen und auf ihre Kosten soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Im übrigen sind die ordentlichen Steuern der zu erhöhenden Mietzinse auch ohne diesen Gewaltakt für diesen Zweck geeignet.

Die Behauptung des Herrn Verfassers, wonach die ungerechten Beschränkungen des Hauseigentumsrechtes nur auf diesem Wege behoben werden können, ist nicht sehr verlockend. Diese Ungerechtigkeiten sind schon so sehr in das öffentliche Bewußtsein übergegangen, daß sie ohnehin nicht aufrechterhalten werden können. Man kann den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben. Die Beschränkungen müssen aufgehoben werden. Ihre Aufrechterhaltung verleiht gegen die Rechtsordnung zu einer Zeit, da das gesamte Wirtschaftsleben der Freiheit zustrebt.